



Juni 2011

Ausgabe 25

# Newsletter Integration und Migration

## AKTUELLES AUS THÜRINGEN

### Landestagung Thüringen - „Aktion zusammen wachsen“

#### In dieser Ausgabe:

AKTUELLES AUS THÜRINGEN	1
„Aktion zusammen wachsen“ - Landestagung Thüringen	1
WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND	2
Selbstständigkeit von Migranten	2
Öffnung des Arbeitsmarktes	2
Jahresgutachten des Sachverständigenrats	3
Mehr Einwandererkinder in Kitas	4
Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse	4
Chancengleichheit von Migranten auf dem Wohnungsmarkt	4
Legaler Zuzug ausländischer Pflegekräfte	5
NEUIGKEITEN DER EU	5
Maßnahmeplan zur Situation in Nordafrika	5
Einschränkung der Visumsfreiheit bei Missbrauch	5
Neuer Anlauf für gemeinsames Asylrecht	5
EU-Badegewässer: neue Beschilderung	5
Handbuch zum europäischen Antidiskriminierungsrecht	6
EU-Bevölkerung wird älter - und vielfältiger	6
Mehr konsularischer Schutz im Ausland	6
Kommission: Nationale Strategien zur Roma-Integration	6
Arbeitnehmerfreizügigkeit	6
Anerkennung ausländischer Führerscheine bei Inländern	6
Jahresbericht über Einwanderung und Asyl	6
Fördertöpfe	7
Buchempfehlungen - Wettbewerb - Termine	8
Impressum	8

Mit der „Aktion zusammen wachsen - Bildungspatenschaften stärken, Integration fördern“ unterstützt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) in Kooperation mit der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration Patenschaftsprojekte für junge Menschen mit Zuwanderungshintergrund und möchte die Gründung neuer Projekte anregen. Bürgerinnen und Bürger, aber auch potenzielle Unterstützer sollen von der Idee und dem Nutzen von Patenschaften überzeugt werden, damit so viele Kinder und Jugendliche wie möglich von der wertvollen Arbeit der Patinnen und Paten profitieren. Ziel ist es, bürgerschaftliches Engagement und die gesellschaftliche Teilhabe allen Kindern und Jugendlichen durch Bildungspatenschaften zu ermöglichen.

Die Landestagung greift regionale Schwerpunkte rund um das Thema Patenschaften auf. Die Vernetzung und Zusammenarbeit von lokalen Projekten soll unterstützt sowie der Erfahrungsaustausch zwischen Projektträgern und Projekten gefördert werden. Mit der praxisorientierten Veranstaltung möchte das BMFSFJ Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Bildungseinrichtungen, öffentlicher Verwaltung, Vereinen, Verbänden und weitere interessierte Gäste aus der Zivilgesellschaft ansprechen.

Die Veranstaltung wird durch das BMFSFJ zusammen mit dem Innenministerium des Freistaates Thüringen, dem Zentrum für Integration und Migration sowie der Stadt Erfurt organisiert und findet am **14. Juli 2011, 11.00-16.30 Uhr**, Rathausaal im Rathaus Erfurt, Fischmarkt 1 statt.

#### Programm für die Landestagung

Moderatorin Kathrin Schirmer, MDR

**11:00 Uhr Eröffnung mit Musik**

**11:05 Uhr Grußwort**

Innenminister Jörg Geibert, Freistaat Thüringen

**11:15 Uhr Grußwort**

Oberbürgermeister Andreas Bausewein, Stadt Erfurt (angefragt)

**11:25 Uhr „Aktion zusammen wachsen“**

**Bildungspatenschaften stärken – Integration fördern**

Staatssekretär Josef Hecken, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

**11:45 Uhr Patenschaftsprojekte konkret**

Moderierte Talkrunde mit Innenminister Geibert, Staatssekretär Hecken und Vertretern und Vertreterinnen regionaler Patenschaftsprojekte

**12:30 Uhr Mittagspause mit Infostand und Musik**

**13:30 Uhr Die Methode Patenschaften**

Frau Beate Ebeling, Regionale Servicestelle Bildungspatenschaften Metropolregion Rhein-Neckar  
Frau Christa Müller-Neumann, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Zuwandererhintergrund (RAA), Hauptstelle Essen

anschließend Fragen und Diskussion

**14:00 Uhr Vier parallele Fachforen**

**Fundraising für Patenschaftsprojekte**  
Heiko Krauß, Geschäftsführung Balu und Du e.V.

**Patinnen/Paten und Patenkinder finden:** Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Bernd Schüler, Projektgründer biffy Berlin – Big Friends for Youngsters e.V.

**Patinnen und Paten halten:**

Fortbildung und Anerkennung  
Beate Ebeling, Regionale Servicestelle Bildungspatenschaften Metropolregion Rhein-Neckar  
**Bildung als Integrationsaufgabe** und Interkulturelle Kompetenz

Christa Müller-Neumann, RAA Essen

**15:15 Uhr Präsentation** der Ergebnisse aus den Foren

anschließend Kaffeepause

**16:00 Uhr Die nächsten Schritte zum neuen Projekt:**

Vorstellung der Arbeitshilfen und Materialien, Hinweise auf Veranstaltungen  
Karin Wild, Leiterin der Bundesservicestelle der „Aktion zusammen wachsen“

**16:20 Uhr Musik**

**16:30 Uhr Verabschiedung** und Ende der Landestagung

## WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

### Selbstständigkeit von Migranten

In den letzten dreieinhalb Jahren haben rund sieben Prozent der Migranten in Deutschland ihr eigenes Unternehmen gegründet oder waren gerade dabei, es zu tun. Unter den Personen ohne Migrationshintergrund waren es weniger als fünf Prozent. Dies ist das Ergebnis einer am Dienstag veröffentlichten Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Instituts für Wirtschafts- und Kulturgeographie der Leibniz Universität Hannover. Häufig spielt das höhere Arbeitslosigkeitsrisiko von Ausländern eine Rolle: Ihre Arbeitslosenquote ist doppelt so hoch wie die deutscher Staatsbürger.

Viele Migranten machen aus der Not eine Tugend und entscheiden sich für die Selbstständigkeit anstelle von Arbeitslosigkeit, erklären die Arbeitsmarktforscher.

Daneben spielen aber auch Vorbilder eine wichtige Rolle: Migranten haben häufiger Bekannte, die sich kürzlich selbstständig gemacht haben. Rollenvorbilder seien sehr wichtig, um die Idee einer eigenen Unternehmensgründung zu entwickeln, betonen die Autoren der Studie.

Auffallend ist der Studie zufolge, dass die von Migranten gegründeten Unternehmen im Durchschnitt größer sind als die von anderen Selbstständigen. Mehr als 70 Prozent beschäftigen bereits bei der Gründung Mitarbeiter oder beabsichtigen, Mitarbeiter einzustellen. Bei den einheimischen Gründern ist dies bei rund 50 Prozent der Betriebe der Fall.

Zudem sind die Unternehmen von Migranten häufiger international aktiv. Einwanderer sind häufig noch lange eng mit ihrem Heimatland verbunden, so die Forscher. Dadurch seien ihnen die kulturellen Besonderheiten und die Märkte dieser Länder vertraut.

Die Studie im Internet:

<http://doku.iab.de/kurzber/2011/kb0811.pdf>

Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung vom 12.4.2011

### Öffnung des Arbeitsmarktes

Am 1. Mai wird der deutsche Arbeitsmarkt vollständig für Bürger aus den acht mittel- und osteuropäischen Staaten geöffnet, die 2004 der EU beigetreten sind. Unternehmen hoffen, stark nachgefragte Fachkräfte aus diesen Ländern zu rekrutieren. Um einem möglichen Lohndumping entgegenzuwirken, wurden seit 2009 gesetzliche Mindestlöhne in einigen Branchen eingeführt.

Sieben Jahre nach dem Beitritt der acht neuen EU Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien und Ungarn hat sich die Sorge um eine massive Zuwanderung von Arbeitskräften aus diesen Ländern weitgehend gelegt. Deutschland hatte ab 2004 von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, den Zugang zum Arbeitsmarkt für eine Übergangsfrist von bis zu sieben Jahren zu beschränken. Vor dem EU-Beitritt wurde prognostiziert, dass jährlich 160.000 bis 380.000 Personen aus den acht neuen Mitgliedstaaten zuwandern könnten, was zu steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Löhnen hätte führen können.

**Zuwanderungsprognosen:** Laut einer Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung sind von 2004 bis 2009 pro Jahr im

Durchschnitt 250.000 Personen aus diesen neuen Mitgliedsländern in die restlichen EU-15-Staaten zugewandert. Da Deutschland und Österreich ihre Arbeitsmärkte nicht geöffnet hatten, sank der Anteil der Zuwanderer aus den acht neuen EU-Staaten, die in diese beiden Länder wanderten, zwischen 2004 und 2009 von 60 % auf 30 %. Über 60 % der Zuwanderer aus den acht neuen Mitgliedstaaten entfielen auf das Vereinigte Königreich und Irland.

Durch diesen Umlenkungseffekt und dadurch, dass viele Migrationswillige bereits in andere Länder ausgewandert waren, wurden die Prognosen für die Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten nach der Einführung der Freizügigkeit in Deutschland nach unten korrigiert. Die Bundesagentur für Arbeit schätzt, dass bis 2020 jährlich 100.000 bis 140.000 Arbeitskräfte aus diesen Ländern nach Deutschland zuwandern werden. Eine niedrigere Zahl erwartet der Direktor des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) Klaus Zimmermann, der diese Zuwanderung in den kommenden Jahren auf jährlich 50.000 bis 150.000 Personen schätzt.

**Debatte:** In der Diskussion über den Fachkräftemangel in Deutschland ist die Öffnung des Arbeitsmarktes häufig als mögliche Quelle zur Anwerbung von Fachkräften genannt worden. Laut einer Umfrage unter 84 Wirtschaftsprofessoren, die die zum Institut der deutschen Wirtschaft gehörende IW consult GmbH Ende Dezember 2010 erstellt hat, erwarten etwa 19 % der Experten, dass Akademiker in hohem oder eher hohem Maße unter den zu erwartenden Zuwanderern sein werden. Ungefähr 30 % der Experten sind der Meinung, dass Facharbeiter mit abgeschlossener Berufsausbildung in hohem oder eher hohem Maße unter den Zuwanderern sein werden. Von Geringqualifizierten erwarten dies knapp 48 %. Fast 70 % der Befragten waren der Meinung, dass die vollständige Freizügigkeit sich positiv auf die Möglichkeit auswirken werde, Fachkräfte zu rekrutieren. Dies bezweifeln andere Experten, wie Klaus Zimmermann vom IZA. Er sagte, Deutschland habe es „generell vernachlässigt, sich als attraktives Zielland darzustellen“. Er wies darauf hin, dass Fachkräfte und Hochqualifizierte anderswo attraktivere Perspektiven hätten. Deutschland habe es vor allem versäumt, ein „glaubwürdig nach außen vertretenes Zuwanderungs- und Integrationsprogramm“ aufzustellen.

**Maßnahmen:** Der Befürchtung, dass billige Arbeitskräfte aus den acht neuen Mitgliedstaaten die Löhne in bestimmten Branchen drücken könnten, wurde in den vergangenen Jahren mit der Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen in potenziell betroffenen Branchen entgegengetreten. Für das Bau- und das Reinigungsgewerbe wurde 2009 das Arbeitnehmerentendegesetz (BGBI. I S. 799) verabschiedet, das Mindeststandards für die Arbeitsbedingungen sowie Mindestlöhne vorschreibt. Es gilt auch für ausländische Firmen, die Arbeitnehmer nach Deutschland entsenden. Ende März 2011 wurde vom Bundestag in Vorbereitung der Öffnung der Arbeitsmärkte ein Mindestlohn für Beschäftigte von Zeitarbeitsfirmen verabschiedet, der auch für ausländische Firmen verbindlich ist (BT-Drs. 17/4804). Es war befürchtet worden, Arbeitnehmer aus Osteuropa könnten von Zeitarbeitsfirmen in ihren Herkunftsländern angeworben und in Deutschland zu den Löhnen ihres Heimatlandes eingesetzt werden. Dies soll durch das neue Gesetz verhindert werden.

Weitere Informationen: [www.migration-online.de](http://www.migration-online.de), [library.fes.de/pdffiles/wiso/07445.pdf](http://library.fes.de/pdffiles/wiso/07445.pdf), [www.iwconsult.de](http://www.iwconsult.de), [www.bundestag.de/dokumente/analysen/2011/arbeitsnehmerfreizuegigkeit\\_nach\\_der\\_osterweiterung.pdf](http://www.bundestag.de/dokumente/analysen/2011/arbeitsnehmerfreizuegigkeit_nach_der_osterweiterung.pdf)  
Quelle: Migration und Bevölkerung 04/2011

## WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

### Jahresgutachten des Sachverständigenrats

Nüchtern und pragmatisch bewerte die deutsche Bevölkerung die Migrationspolitik der vergangenen Jahre. Die Abwanderung von Fachkräften beurteile sie negativ und spreche sich mehrheitlich für eine stärkere Zuwanderung qualifizierter Kräfte aus. Zu diesen Ergebnissen kommt der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration in seinem zweiten Jahresgutachten und macht entsprechende Reformvorschläge.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hat am 13. April in Berlin sein Jahresgutachten „Migrationsland 2011“ vorgestellt. Das Gremium unter Vorsitz des Migrationsforschers Klaus J. Bade kommt darin zu dem Schluss, dass Deutschland mehr qualifizierte Zuwanderung als bisher brauche, um die Abwanderung qualifizierter Fachkräfte aus Deutschland auszugleichen. Dieser Ausgleich sei notwendig, um ein weiteres Wirtschaftswachstum sowie den sozialverträglichen und langfristigen Umbau des Wohlfahrtsstaates zu ermöglichen, heißt es in dem Dokument.

**Migrationsbarometer:** Ähnlich wie im vergangenen Jahr legte der SVR seinem Gutachten eine Mehrthemenbefragung zugrunde. Befragt wurden 2.450 Personen, davon 70,8 % mit Migrationshintergrund, in den Regionen Rhein-Ruhr, Stuttgart, Rhein-Main und erstmals auch Berlin. Für Westdeutschland und Berlin sind die Ergebnisse repräsentativ. Aus den Antworten leitet der SVR das gesellschaftliche Stimmungsbild zum Thema Migration ab, das so genannte Migrationsbarometer. Erfragt wurde nicht nur die subjektive Einschätzung der deutschen Migrationspolitik, sondern auch, welche migrationspolitischen Maßnahmen die Befragten mit und ohne Migrationshintergrund künftig als notwendig erachten. Demzufolge ist die deutsche Bevölkerung über das tatsächliche Migrationsgeschehen in Deutschland besser informiert als angenommen. Etwa die Hälfte der Befragten weiß, dass sich Deutschland in den letzten Jahren vom Zuwanderungsland zum Abwanderungsland gewandelt hat. Knapp zwei Drittel der Befragten erkennen in dem negativen Wanderungssaldo mehrheitlich ein Problem. Damit sei die Bevölkerung offenbar weiter als Politik und Medien mit ihren „aufgeregt geführten“ Debatten. Die Befragten mit und ohne Migrationshintergrund wünschen sich die verstärkte Zuwanderung von Hochqualifizierten (ca. 58 %) sowie weniger Zuwanderung von Niedrigqualifizierten (ca. 70 %). Einer großzügigeren Aufnahme von Flüchtlingen stimmte die Mehrheitsbevölkerung eher zu (48,5 %) als Personen mit Migrationshintergrund (40,9 %). Die Befragung des SVR ergab außerdem, dass mit steigendem Bildungsniveau und besserer sozialer Lage die Bewertungsunterschiede zwischen Mehrheitsbevölkerung und Personen mit Migrationshintergrund abnehmen. Die wenig polarisierte Bewertung der deutschen Migrationspolitik der letzten zehn Jahre zeige, dass auf beiden Seiten „Migrationspragmatismus“ herrsche.

**Reformempfehlungen:** Vor dem Hintergrund der Erkenntnisse des Migrationsbarometers forderte der SVR-Vorsitzende Klaus J. Bade „mehr Mut zu klaren und

nachvollziehbaren Konzepten in der Migrationspolitik“. Die aktuelle Zuwanderung qualifizierter und hochqualifizierter Kräfte reiche nicht aus, um die umfangreiche Abwanderung von Fachkräften der letzten Jahre auszugleichen. An Staaten wie die Schweiz, Norwegen, Kanada oder die USA verliere Deutschland immer weiter Fachkräfte. Auf diese Entwicklung müsse mit einer Reform des Zuwanderungssystems reagiert werden. Der SVR schlägt ein Drei-Säulen-Modell vor. Um Deutschland für ausländische Fachkräfte attraktiver zu machen, müsse zum einen die Mindesteinkommensgrenze zur Erlangung einer Niederlassungserlaubnis von 64.800 auf 40.000 Euro gesenkt werden. Als Zweites sollten ausländische Hochschulabsolventen statt einem künftig zwei Jahre Zeit haben, um in Deutschland einen Arbeitsplatz zu finden. Ferner sei aufgrund des hohen Arbeitskräftebedarfs in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT) die Einführung eines flexiblen Punktesystems notwendig. Punkte sollten in den Kategorien Alter, Sprachkenntnisse, Ausbildung und Familienangehörige vergeben werden. Beim Erreichen einer bestimmten Punktzahl sollen MINT-Fachkräfte auch ohne Arbeitsvertrag nach Deutschland zuwandern können. Ein Punktesystem fordern Experten bereits seit Jahren.

**Flucht und Asyl:** In Europa müssten die Herausforderungen der irregulären Migration sowie der Aufnahme und Betreuung von Flüchtlingen und Asylsuchenden gemeinsam geschultert werden. Vor dem Hintergrund der politischen Umbrüche in Nordafrika spricht der SVR von der Notwendigkeit einer funktionierenden Lastenverteilung. Zugleich müssten die europäische Grenzsicherung sowie die Grenzschutzagentur Frontex einer demokratischen Kontrolle unterstellt werden, um das Prinzip der Humanität zu wahren und bedrohten oder verfolgten Menschen Schutz zu gewähren.

**Neue Herkunftsländer:** Der SVR geht in seinem Gutachten davon aus, dass das internationale Konkurrieren um Fachkräfte zunehmen wird. Zugleich werden sich auch neue Herkunftsländer wie z. B. Ägypten, Indien, Marokko oder Usbekistan etablieren. Neue Anwerbestrategien seien daher unabdingbar.

**Reaktion:** Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer (CDU) begrüßte die Ergebnisse des SVR-Jahresgutachtens. Es setze die richtigen Wegweiser. Der integrationspolitische Sprecher der FDP Serkan Tören sagte, dass die „Blockadehaltung von Teilen der Politik“ schade und „auf Unverständnis bei den Menschen und in der Wirtschaft“ stoße. Der Sprecher für Migrations- und Integrationspolitik von Bündnis 90/Die Grünen Memet Kilic warf der Regierung „Konzeptlosigkeit“ vor und forderte die Umsetzung der „kompetenten Empfehlungen“ des SVR.

**Konsensgruppe:** Vier der am SVR beteiligten Stiftungen (Mercator, Freudenberg, Körber, Vodafone) gründeten am 19. April eine „Hochrangige Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung“. Unter dem Vorsitz von Armin Laschet (CDU) und Peter Struck (SPD) soll das parteiübergreifende Gremium bis zum Herbst 2011 einen für Bundestag und Bundesrat mehrheitsfähigen Vorschlag für eine Reform des Zuwanderungsgesetzes vorlegen. Der Geschäftsführer der Stiftung Mercator Bernhard Lorentz sagte, dass man das Gremium ins Leben gerufen habe, weil der Bedarf an gezielter Zuwanderung zwar zunehmend von allen Parteien akzeptiert werde, die Umsetzung der bekannten Lösungsvorschläge jedoch als „politisch heikel“ gelte.

Weitere Informationen: [www.svr-migration.de](http://www.svr-migration.de);  
[www.konsensgruppe.de](http://www.konsensgruppe.de); [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)  
Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2011



## WICHTIGES AUS DEUTSCHLAND

### Mehr Einwandererkinder in Kitas

Die Zahl der Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen ist 2010 leicht gestiegen. 48,9% der noch nicht schulpflichtigen Kinder aus Familien mit ausländischen Wurzeln ging zum Stichtag 1. März 2010 in eine Kita oder zu Tageseltern (+2,2 % im Vergleich zu 2009), wie das Statistische Bundesamt Ende März mitteilte. Der Anteil der Kitakinder ohne Migrationshintergrund lag bei 61,7 % (+0,6 %). Besonders groß ist der Unterschied bei Kindern bis zwei Jahre: Mit 27,7 % gingen mehr als doppelt so viele Kinder ohne Migrationshintergrund (+2,9 %) in eine Kita als Einwandererkinder (12,2 %, +1,7 %). Bei den 3- bis 5- Jährigen ist der Unterschied weniger groß: 85,7 % zu 94,9 %. Wegen der Vorteile beim Spracherwerb forderte die Bundesregierung Migranten in der Vergangenheit wiederholt auf, ihre Kinder frühzeitig in den Kindergarten zu schicken. Bildungsforscher unterstützen diese Forderung. [www.destatis.de](http://www.destatis.de)

Quelle: Migration und Bevölkerung 04/2011

### Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse

Die Bundesregierung hat Ende März den Entwurf des so genannten Anerkennungsgesetzes verabschiedet, das die Feststellung und Anerkennung im Ausland erworbener Abschlüsse und Qualifikationen erheblich erleichtern soll. Als wichtigste Neuerung wird ein Anspruch auf individuelle Prüfung der Qualifikation für Ausländer aus allen Herkunftsländern eingeführt. Bisher hatten nur EU-Bürger darauf ein gesetzlich garantiertes Recht. Über die Bewertung der Qualifikation muss zukünftig innerhalb von drei Monaten entschieden werden. Allerdings gilt das Gesetz nur für vom Bund geregelt Berufe. Ingenieurs-, Architektur- und Erziehungsberufe werden beispielsweise von den Ländern geregelt. Diese haben aber zugesichert, in Kürze ebenfalls Vereinfachungen einzuführen. Die Bundesregierung schätzt, dass bis zu 300.000 Personen von der Neuregelung Gebrauch machen könnten. Bundestag und Bundesrat müssen der Gesetzesregelung noch zustimmen. [www.bundesregierung.de](http://www.bundesregierung.de)

Quelle: Migration und Bevölkerung 04/2011

### Chancengleichheit von Migranten auf dem Wohnungsmarkt

Staatsministerin Maria Böhmer hat gefordert, die Anstrengungen für eine Chancengleichheit von Menschen aus Zuwandererfamilien auf dem Wohnungsmarkt zu verstärken.

"Für das Gelingen von Integration ist es entscheidend, dass Migranten auch die Möglichkeit haben, attraktive Wohnungen anzumieten und Wohneigentum zu bilden. Sich in seinem Wohnumfeld wohl zu fühlen und gute nachbarschaftliche Kontakte zu pflegen erleichtert es Migranten, ja zu unserem Land zu sagen. Das stärkt den Zusammenhalt unserer Gesellschaft", betonte Böhmer heute in ihrer Rede auf einem Kongress des Bundesverbands deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen in Berlin.

"Noch unterscheidet sich die Wohnsituation von Zuwanderern und Einheimischen deutlich: Migranten stehen geringere Wohnflächen pro Kopf zur Verfügung, sie zahlen im Durchschnitt höhere Mieten und sind seltener Eigentümer. Bei der Eigentümerquote gibt es jedoch einen positiven Trend: Laut Indikatorenbericht, den ich 2009 veröffentlicht habe, steigt der Anteil der Migranten, die eine Wohnung oder ein Haus besitzen. Das zeigt: Die Zuwanderer sind angekommen, sie identifizieren sich mit unserem Land", so Böhmer.

"Die positive Entwicklung sollte Ansporn sein, die Anstrengungen für eine verbesserte Wohnsituation der Migranten zu intensivieren. Der Wohnungswirtschaft kommt eine bedeutende Rolle in der Integrationspolitik zu: als Vermieter von Wohnungen, als Verkäufer von Eigentumswohnungen und als lokaler Akteur", erklärte Böhmer. "Für die Wohnungsunternehmen wird die steigende Zahl der mittlerweile 16 Millionen Migranten in Deutschland als Zielgruppe immer wichtiger. Um ihre soziale Verantwortung wahrnehmen zu können, müssen sich die Wohnungsunternehmen interkulturell aufstellen. Dazu gehört, Zuwanderer gezielt anzusprechen. Und für besondere Wünsche der Migranten offen zu sein, wie beispielsweise, in räumlicher Nähe mit der Familie zu wohnen. Die Wohnungsunternehmen sind auch gefordert, wenn Migranten Erfahrung mit Diskriminierung gemacht haben oder Angst davor haben, benachteiligt zu werden. Hierfür ist es notwendig, Mitarbeiter kulturell zu sensibilisieren und zu schulen. Zudem sollte in der Wohnungswirtschaft der Anteil der Beschäftigten mit eigenem Migrationshintergrund erhöht werden", betonte die Staatsministerin.

"Viele Wohnungsunternehmen engagieren sich bereits seit langem für ein gutes Miteinander in unserem Land. Ich bin zuversichtlich, dass die Wohnungswirtschaft auch in Zukunft ihrer Verantwortung für die Integration gerecht wird", so Böhmer.

Quelle: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, vom 07.06.2011

## DEUTSCHLAND / EU-NEUIGKEITEN

### Legaler Zuzug ausländischer Pflegekräfte

Medienberichten zufolge haben sich die Unionsparteien auf ein Modell verständigt, wonach Pflegekräfte aus dem Nicht-EU-Ausland künftig legal in Deutschland arbeiten können. Ein Eckpunktepapier sehe vor, dass Angehörige von Pflegebedürftigen künftig Nicht-EU Bürger legal anstellen können, wenn sie monatlich mindestens 800 Euro zahlen und ihnen ein eigenes Zimmer sowie kostenlose Verpflegung zur Verfügung stellen. Die Sozialversicherungsbeiträge der Pflegehelfer sollen dann aus den Mitteln der Pflegeversicherung bezahlt werden. Ein ähnliches Modell ist seit 2007 in Österreich in Kraft. In Deutschland sind insgesamt 2,2 Mio. Menschen pflegebedürftig, etwa 1,5 Mio. Menschen werden zuhause gepflegt. Schätzungen zufolge sind etwa 100.000 Personen allein aus Mittel- und Osteuropa im Bereich der häuslichen Pflege tätig. Viele Familien greifen auf Pflegehelfer ohne Arbeitsgenehmigung zurück, weil sich die Pflegestufen am Grad der körperlichen Leistungsfähigkeit und nicht an der Fähigkeit, für sich selbst zu sorgen, orientieren. Die Union will daher auch den Begriff der Pflegebedürftigkeit neu definieren.

Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2011

### NEUIGKEITEN DER EU

#### Maßnahmeplan zur Situation in Nordafrika

Die EU-Kommission hat in einer Mitteilung vom 24. Mai 2011 ein Maßnahmenplan zur Bewältigung der Folgen der Umbrüche in Nordafrika vorgestellt. In dem Dokument schlägt die Kommission einen „Dialog mit den Ländern des südlichen Mittelmeerraums über Migration, Mobilität und Sicherheit“ vor. Dieser soll insbesondere durch Mobilitätspartnerschaften erfolgen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen sollen von den EU- Staats- und Regierungschefs am 24. Juni 2011 diskutiert werden.

Quelle: EU-Kompakt 10/2011

#### Einschränkung der Visumsfreiheit bei Missbrauch

Die EU-Kommission hat am 24.05.2011 vorgeschlagen, die Visumsverordnung dahingehend zu verändern, dass die Visumsfreiheit für Drittstaatsangehörige eingeschränkt werden kann, wenn die Reisefreiheit missbraucht wird. So soll eine Schutzklausel eingeführt werden, die unter bestimmten Umständen eine vorübergehende Wiedereinführung der Visumserfordernisse für Drittstaatsangehörige ermöglichen würde, insbesondere bei einer großen Zahl von Asylanträgen von Angehörigen der betreffenden Drittstaaten.

Quelle: EU-Kompakt 10/2011

### Neuer Anlauf für gemeinsames Asylrecht in der EU

Die Europäische Kommission will erreichen, dass Asylanträge in allen EU-Staaten nach den gleichen Maßstäben beurteilt werden. Die für Innenpolitik zuständige Kommissarin Cecilia Malmström bemängelte, dass die Chancen auf Anerkennung von Land zu Land immer noch extrem unterschiedlich seien. „Das ist aber keine Lotterie“, so Malmström. 260.000 Menschen hätten 2010 um Asyl in der EU gebeten, hinter jedem Fall ständen menschliche Schicksale. „Wir brauchen ein EU-weites effizientes, gerechtes Asylverfahren und angemessene, vergleichbare Leistungen bei der Aufnahme von Asylbewerbern“, sagte Malmström. Um diese Ziele zu erreichen, hat die Kommission neue Vorschläge für eine Asylverfahrensrichtlinie und eine Aufnahmerichtlinie gemacht. Damit will sie die zwischen den Mitgliedstaaten festgefahrene Diskussion über ein gemeinsames Asylrecht wieder voranbringen. Auf die bisher vorliegenden Versionen dieser beiden Richtlinien konnten sich die Staaten nicht einigen. Mit den beiden Gesetzen sollen unter anderem Standards für Art und Dauer der Verfahren und Anhörungen von Asylbewerbern festgelegt sowie Vorgaben für ihre Unterbringung, Gesundheitsversorgung, finanzielle Unterstützung und den Zugang zu Bildung und Arbeitsmarkt gemacht werden. Die EU-Staats- und Regierungschefs haben das Ziel vorgegeben, bis 2012 ein gemeinsames europäisches Asylsystem zu schaffen.

[http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/news\\_intro\\_en.htm](http://ec.europa.eu/home-affairs/news/intro/news_intro_en.htm)

Quelle: EU-Nachrichten Nr. 18/2011

#### EU-Badegewässer: neue Beschilderungen

Pünktlich zur Badesaison gelten ab Juni 2011 in der EU neue Beschilderungen zur Qualität von Badegewässern. Auf allen Beschilderungen ist ein stilisierter Schwimmer abgebildet. Schilder mit einem Stern weisen eine ausreichende, solche mit zwei Sternen gute und mit drei Sternen sehr gute Badewasserqualität aus. An Gewässern, in denen Badeverbot herrscht oder wenn vom Baden in Gewässern abgeraten wird, werden Warnschilder aufgestellt, die Verkehrszeichen ähneln.

Quelle: EU-Kompakt 10/2011

## NEUIGKEITEN DER EU

### Handbuch zum europäischen Antidiskriminierungsrecht

Welche Formen der Diskriminierung gibt es überhaupt? Wer ist nach europäischem Diskriminierungsrecht geschützt? An wen können sich Betroffene wenden? Das Handbuch, herausgegeben von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, ist die erste umfassende Einführung in das Europäische Antidiskriminierungsrecht. Es richtet sich an Fachleute des nationalen und des EU-Rechts, darunter Richter, Staatsanwälte, Rechtsanwälte und Strafverfolgungsbeamte sowie andere Stellen mit Rechtsberatungsfunktion wie nationale Menschenrechtsorganisationen, Gleichstellungseinrichtungen und Rechtsberatungszentren. Das Handbuch steht auf der Seite der FRA kostenlos als Download bereit unter [www.fra.europa.eu](http://www.fra.europa.eu)

Quelle: EU-Nachrichten 11/2011

### EU-Bevölkerung wird älter - und vielfältiger

Nach dem am 1. April 2011 veröffentlichten dritten Bericht zur Demografie leben die Europäer länger und gesünder. Der Bericht zeigt, wie sich die Struktur der europäischen Bevölkerung weiterhin dadurch wandelt, dass die Zahl der Menschen, die älter als 60 Jahre sind, jedes Jahr um 2 Millionen steigt. Es zeigen sich eine geringfügige Zunahme der Geburtenziffern und ein Anstieg der Lebenserwartung, da die Europäer nunmehr für jedes Jahr eine zwei bis drei Monate höhere Lebenserwartung aufweisen. Außerdem wird die EU vielfältiger, und die Familienmuster verändern sich: Immer mehr junge Europäer gehen zum Arbeiten ins Ausland. Der Demografie-Bericht wird alle zwei Jahre von der Europäischen Kommission veröffentlicht und enthält die neuesten Fakten und Zahlen, die notwendig sind, um zu beurteilen, wo die Mitgliedstaaten angesichts der Herausforderungen des demografischen Wandels stehen.

Quelle: EU-Kompakt 06/2011

### Mehr konsularischer Schutz im Ausland

Die EU-Kommission hat am 23. März 2011 eine Mitteilung zum konsularischen Schutz der EU-Bürger in Drittstaaten vorgelegt. Darin legt sie dar, dass sie verstärkt über das Recht der Unionsbürger informieren will, sich in Notfällen und Krisen auch an die konsularischen und diplomatischen Vertretungen jedes beliebigen EU-Mitgliedstaats zu wenden, wenn das eigene Land in dem betreffenden Land nicht vertreten ist. Zudem sollen innerhalb eines Jahres entsprechende Legislativvorschläge vorgelegt werden. Auch wurde eine neue Website mit umfassenden Informationen eingerichtet. Unter anderem listet sie die Adressen aller konsularischen oder diplomatischen Vertretungen in Nicht-EU-Staaten auf und informiert über Reisehinweise aus den Mitgliedstaaten. In deutschen Reisepässen steht der Hinweis auf konsularischen Schutz bereits.

Quelle: EU-Kompakt 06/2011

### Kommission: Nationale Strategien zur Roma-Integration

Die EU-Kommission hat am 5. April 2011 einen EU-Rahmen für nationale Strategien zur Eingliederung der Roma bis 2020 vorgelegt. Ein verbesserter Zugang zu Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum stehen im Mittelpunkt der EU-Initiative. Die zehn bis zwölf Millionen Roma in Europa leben unter deutlich schlechteren sozialen Bedingungen als die übrige Bevölkerung. Nur 42% der Romakinder schließen die Grundschule ab, die Kindersterblichkeit ist fünfmal höher als beim Rest der Bevölkerung.

Quelle: EU-Kompakt 07/2011

### Arbeitnehmerfreizügigkeit

Die Europäische Kommission hat Deutschland aufgefordert, Rentenempfängern bei einem Umzug in einen anderen EU-Mitgliedstaat den vollen Rentenbetrag auszuzahlen, der in einer bilateralen Vereinbarung zugesichert wurde. Nach Ansicht der Kommission behindert Deutschland die Freizügigkeit, wenn es den Rentenbetrag bei Umzug des Rentenempfängers in einen anderen Mitgliedstaat senkt. Gegebenenfalls wird die Kommission nach Ablauf der zweimonatigen Stellungnahmefrist gegen Deutschland vor dem EuGH klagen. Ähnlich ergeht es Belgien. Die Europäische Kommission hat Belgien aufgefordert, Schluss mit ihren langwierigen Verfahren für die Auszahlung von Renten an Empfänger zu machen, die in einem anderen EU-Mitgliedstaat wohnen. Bislang weigerte sich Belgien, Renten direkt auf ein Auslandskonto zu überweisen. Die den Empfängern dadurch entstehenden Nachteile stehen im Widerspruch zum EU-Recht auf Freizügigkeit und auf Bezug einer Altersrente in einem anderen Mitgliedstaat.

Quelle: EU-Kompakt 07/2011

### Anerkennung ausländischer Führerscheine bei Inländern

Der Europäische Gerichtshof hat am 19. Mai 2011 auf Vorlage des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs entschieden, dass es die Führerscheinrichtlinie einem Mitgliedstaat nicht verwehrt, die Anerkennung eines ausländischen Führerscheins auf seinem Hoheitsgebiet abzulehnen, wenn der Inhaber zum Zeitpunkt der Ausstellung dieses Führerscheins seinen ordentlichen Wohnsitz nicht im Hoheitsgebiet des Ausstellermitgliedstaates hatte.

### Jahresbericht über Einwanderung und Asyl

Am 24. Mai 2011 hat die EU-Kommission ihren Jahresbericht über Einwanderung und Asyl 2010 vorgelegt. Darin werden die Erfahrungen mit der Umsetzung des Paktes für Einwanderung und Asyl aus dem Jahr 2008 bewertet und Empfehlungen für künftige Maßnahmen formuliert. Insbesondere befasst sich der Bericht mit Fragen der legalen und illegalen Migration sowie dem System der Grenzkontrollen an den Außengrenzen der EU.

Quelle: EU-Kompakt 10/2011

## FÖRDERTÖPFE

### XENOS - Integration und Vielfalt: Aufruf zur 2. Förderrunde

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales ruft zur 2. Förderrunde des XENOS-Programms "Integration und Vielfalt" auf. Gefördert werden sollen Projekte und Projektverbünde mit dem Ziel, insbesondere benachteiligte Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Migrationshintergrund in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft zu integrieren. Neu ist, dass neben Einzelprojekten auch Projektverbünde mit bis zu fünf Teilprojekten gefördert werden können.

Was wird gefördert?

Arbeitsmarktlich ausgerichtete Projekte und Projektverbünde sollen in folgenden arbeitsmarktlichen Handlungsfeldern ("Lernorten") gefördert werden:

- Arbeitsweltbezogenes Übergangsmanagement und (interkulturelle) Qualifizierung an den "Lernorten" der Jugendsozialarbeit, Jugendberufshilfe und Jugendvollzugsanstalten.
- Arbeitsweltbezogenes Übergangsmanagement und (interkulturelle) Qualifizierung an den "Lernorten" von Schule, Berufsschule und außerbetrieblichen Einrichtungen.
- Interkulturelle Öffnung und Sensibilisierung zu Themen kultureller Vielfalt an den "Lernorten" Unternehmen und öffentlichen Verwaltungen.
- Sensibilisierung zu Themen kultureller Vielfalt an den "Lernorten" Städte, ländlicher Raum und europäische Grenzregionen.

Darüber hinaus sollen die geförderten Projekte im Rahmen einer fachlichen Vernetzung unterstützt und begleitet werden.

Die 2. Förderrunde XENOS startet ab Januar 2012 und hat eine Laufzeit bis Dezember 2014.

Antragstellung

Interessierte Organisationen können Projektanträge vom 01. Juni bis **15. Juli 2011** beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales einreichen. Zur Eingabe und Bearbeitung von Projektanträgen ist zunächst eine Registrierung in dem IT-System ZUWES (Zuwendungen im ESF-Bereich) erforderlich. Ab 01. Juni 2011 wird auf der XENOS-Seite der Link zur Registrierung in der Fachanwendung ZUWES sowie eine Kurzanleitung für die Registrierung und Passwortverwaltung zur Verfügung gestellt. Unmittelbar nach der Registrierung erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer per E-Mail eine individuelle Zugangskennung zu dem IT-System ZUWES.

Weitere Informationen hierzu erhalten Sie unter [www.xenos-de.de](http://www.xenos-de.de).

Bei technischen Fragen zum IT-Tool ZUWES steht Ihnen das Bundesverwaltungsamt unter [esf-it@bva.bund.de](mailto:esf-it@bva.bund.de).

Quelle: [www.xenos-berlin.de](http://www.xenos-berlin.de)

### Ideen und Vorbilder für Integration durch Musik gesucht

Mit der "Ideeninitiative 'Integration durch Musik'" möchte die Liz Mohn Kultur- und Musikstiftung das Miteinander von Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund fördern. **Bis zum 31. Juli 2011** sind deutschlandweit wieder Institutionen, Vereine, Verbände, Stiftungen sowie individuelle Initiativen und Akteure mit gemeinnütziger Zielsetzung eingeladen, musisch orientierte Projekte für eine erfolgreiche Integration von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Die Umsetzung von maximal 15 der eingereichten Projektanträge unterstützt die "Ideeninitiative 'Integration durch Musik'" mit jeweils bis zu 5.000 Euro. Machen Sie mit! Angaben zum Bewerbungsverfahren und das Formular für Projektanträge finden Sie unter [www.kultur-und-musikstiftung.de/64\\_65.htm](http://www.kultur-und-musikstiftung.de/64_65.htm).

Quelle: Liz Mohn Kultur- und Musikstiftung

### Ausschreibung des Förderprogramms „Geschichte(n) in Vielfalt“ der Stiftung EVZ

Die Stiftung EVZ schreibt das Förderprogramm GESCHICHTE (N) IN VIELFALT für Bildungs- und Begegnungsprojekte neu aus.

Globale Migrationsbewegungen beeinflussen die hiesige Erinnerungskultur, die sich für das 20. Jahrhundert stark auf die Geschichte des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur konzentriert. Doch längst leben in Deutschland viele Menschen, die auch weitere Unrechts- und Gewalterfahrungen des 20. Jahrhunderts erinnern: Kriege und Bürgerkriege, Vertreibungen, Verfolgung und Flucht, Völkermord, Kolonialismus, Diktaturen, Widerstand und Selbstbehauptung. Mit „GESCHICHTE(N) IN VIELFALT“ werden Bildungs- und Begegnungsprojekte zu historischen Erfahrungen von kollektiver Gewalt und von systematischem Unrecht gefördert – zu Erfahrungen, die wenig beachtet sind oder umstritten und das interkulturelle Zusammenleben hierzulande belasten. Die Projekte sollen zu einer Kultur des Respekts und der gleichberechtigten Verständigung beitragen und die Fähigkeit zu einem konfliktfähigen wie friedfertigen Zusammenleben in der Vielfalt in Deutschland stärken.

**Einsendeschluss für Förderanträge: 9. September 2011.**

Die ausführlichen Informationen zur Ausschreibung finden Sie unter: [www.stiftung-evz.de/foerderung/geschichte/geschichten-in-vielfalt/](http://www.stiftung-evz.de/foerderung/geschichte/geschichten-in-vielfalt/).

Quelle: Stiftung EVZ



# Buchempfehlungen - Downloads - Termine - Fördertöpfe

## BÜCHER

Birgit Reißig/Elke Schreiber (Hrsg.): **Jugendliche mit Migrationshintergrund im Übergang Schule – Berufsausbildung, Arbeitshilfen für regionales Übergangsmanagement 4**

München/Halle: Deutsches Jugendinstitut 2011, 54 S.

Die Broschüre greift Erfahrungen und Ergebnisse aus der Förderinitiative Regionales Übergangsmanagement auf und präsentiert auch Einsichten, die außerhalb der Förderinitiative gewonnen wurden.

Auf der Basis der Daten des DJI-Übergangspanels stellen Nora Gaupp, Tilly Lex und Birgit Reißig die Situation von jungen Migrantinnen und Migranten mit Hauptschulbildung am Übergang Schule – Beruf dar. Im Besonderen werden die Pläne und Wege für die zwei zahlenmäßig größten Migrantengruppen – Jugendliche türkischer Herkunft und Aussiedler/innen – dargestellt.

Die Gestaltung der Strukturen des Übergangssystems muss in der Schule beginnen. In der interkulturellen Schulentwicklung muss Schule, so Claudia Schanz in ihrem Beitrag, Entwicklungsprozesse für die gesamte Organisation anstoßen. Es geht nicht darum, die Herstellung von Homogenität anzustreben, sondern sprachliche, kulturelle und soziale Heterogenität als Potenzial zu begreifen, das Schulen für die Qualitätsentwicklung nutzen können. Ulrike Süß, Susanne Felger und Khadija Huber behandeln in ihrem Beitrag, wie Eltern mit Migrationshintergrund systematisch in ihrer Rolle als Lern- und Berufsbegleiter unterstützt werden können.

Das Praxisbeispiel einer Hamburger Schule zur Gestaltung interkulturelles Kommunikation, vorgestellt von Regine Seemann, schließt das Kapitel zum Thema Cultural

Mainstreaming in der Schulentwicklung ab. Jugendliche mit Migrationshintergrund sind in der betrieblichen Berufsausbildung unterrepräsentiert. Petra Lotzkat und Stefan Müller zeigen am Beispiel der Initiative Wir sind Hamburg. Bist Du dabei? welche Hindernisse dabei zu überwinden, welche Verfahren erfolgreich sind und wie der Anspruch einer leistungsfähigen Verwaltung mit dem Ziel der Beseitigung von Diskriminierungen verbinden lässt. Im abschließenden Beitrag dieser Broschüre berichten Iris Bednarz-Braun und Ursula Bischoff über Ergebnisse einer Befragung von Auszubildenden zu den interethischen Beziehungen in Ausbildungsbetrieben. Erfolgreiche Beispiele für solche betrieblichen Initiativen zur Gestaltung dieser Beziehungen werden dargestellt.

Quelle: Newsletter Deutsches Jugendinstitut, Außenstelle Halle

Bundeszentrale für politische Bildung/bpb (Hg.): **Islam in Deutschland**. Aus Politik und Zeitgeschichte, APuZ 13-14/2011, Bestellnr. 7113, Download: [www.bpb.de/files/11SYV6.pdf](http://www.bpb.de/files/11SYV6.pdf)

Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2011

**Neues Informationsangebot im Internet**  
**“Learning Centre on Migration and Human Rights”**

Das Netzwerk Migration in Europa e. V. stellt ein neues englischsprachiges Learning Centre auf dem Informationsportal [www.migrationeducation.org](http://www.migrationeducation.org) zur Verfügung. Es beinhaltet mehrere umfangreiche Lernmodule sowie weitere Materialien für die Gruppenarbeit mit jungen Menschen und Multiplikatoren zum Thema Migration und Menschenrechte im Europa des 20. und 21. Jahrhunderts.

[www.migrationeducation.org/33.0.html](http://www.migrationeducation.org/33.0.html)

Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2011

**BAMF - Neue Broschüren zur Anerkennung ausländischer Qualifikationen**

Zwei neue Broschüren bieten Zugewanderten mit ausländischen Arzt- oder Ingenieursqualifikationen und Beratungsstellen Informationen zu Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten in Deutschland. Siehe: [www.bamf.de](http://www.bamf.de)

Quelle: BAMF

## Fachdienst Thüringen im Zentrum für Integration

### Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Integration und Migration  
 Fachdienst für Integration Thüringen (FDI)  
 Rosa-Luxemburg-Str. 50  
 99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: [fd@integration-migration-thueringen.de](mailto:fd@integration-migration-thueringen.de)

Internet: [www.integration-migration-thueringen.de](http://www.integration-migration-thueringen.de)

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

gefördert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und durch das Thüringer Innenministerium



## TERMINE

**Tagung: Sport und soziale Integration – Chancen, Probleme und Perspektiven für Städte und Kommunen**

Termin: 28.-29.6.2011

Ort: Rathaus und Zeughaus, Stadt Augsburg

Veranstalter: Institut für Sportwissenschaft der Universität Augsburg in Kooperation mit der Stadt Augsburg sowie der Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Sportämter (ABS)

Kontakt: 0821 598-2832, E-Mail: [tagung@sport.uni-augsburg.de](mailto:tagung@sport.uni-augsburg.de)

Weitere Informationen: [www.sport.uni-augsburg.de](http://www.sport.uni-augsburg.de)

Quelle: Migration und Bevölkerung 05/2011

**FOTOSHOW ÜBER DIE ARBEIT DES ZENTRUM FÜR INTEGRATION - ZIM**

Eine Fotoshow über die Arbeit des Zentrums für Integration und Migration Erfurt (ZIM) können Sie ab sofort in folgenden Videokanälen sehen:

[www.youtube.com/user/wwwKARRIDE0de#p/u/6/B-Pvzzpm6HM](http://www.youtube.com/user/wwwKARRIDE0de#p/u/6/B-Pvzzpm6HM)

<http://de.sevenload.com/videos/XcWY3UI-Vielfalt-erleben-im-Zentrum-fuer-Integration-und-Migration>

[www.vimeo.com/24327747](http://www.vimeo.com/24327747)